

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIII/222

Bonn, den 22. November 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Max Reimanns Irrtum</u> Es gibt keine "Aktionsgemeinschaft" zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten	45
2	<u>Rechtsbasis für Erwachsenenbildung</u> Das "arme" Bundesland Niedersachsen gibt ein Beispiel	48
3	<u>Menschen...</u> ...im Wirbel einer Marathonkonferenz	43
4	<u>Verheerende Folgen der Breschnew-Doktrin</u> Frankreichs Kommunisten im Gewitter Von Georg Scheuer, Paris	50
	<u>FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:</u> Frischer Wind aus dem Bundesjustizministerium - Gustav Heinemann über seine bisherige Arbeit - Müttergehalt zur Steigerung der Geburtenrate in der UdSSR Kommission soll Menschenrechte in Deutschland überwachen Kurzmeldungen	

\* \* \*

Max Reimanns Irrtum

Es gibt keine "Aktionsgemeinschaft" zwischen Sozialdemokraten  
und Kommunisten

sp. - Der 70-jährige Vorsitzende der KP Deutschlands, Max Reimann, ist sich selbst treu geblieben. Schon als junger Kommunist hat er die Zeichen der Zeit nicht erkannt, oblag er schweren Selbsttäuschungen. Die Kommunistische Partei Deutschlands hat viel zum Sturz der Weimarer Demokratie durch ihre Verkenning der wirklichen Gefahren beigetragen. In der Sozialdemokratie sah sie den "Hauptfeind". Das hatte böse Konsequenzen. Nationalsozialisten und Kommunisten organisierten gemeinsam den Berliner Verkehrstreik 1932, der sich ausschließlich gegen die damalige, von Sozialdemokraten geführte Regierung Preußens richtete. Die deutschen Kommunisten und ihre Befehlshaber in Moskau waren des Glaubens, sie könnten an die Macht kommen, wenn sie die Sozialdemokratie erledigten. Diesen Irrtum mußte unser Volk bitter büßen. Und nicht nur unser Volk. Für die Toten des Zweiten Weltkrieges zeichnen die deutschen Kommunisten mitverantwortlich; diesen Tatbestand können auch dialektische Geschichtsklittereien nicht verdecken.

Max Reimann hat auch als ein an der Schwelle des Greisenalters stehender Mann aus der Geschichte nichts gelernt und keine neuen Einsichten gewonnen. Er bedachte die Zuhörer seiner Pressekonferenz in Düsseldorf, wie der Ministerspräsident von Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn (SPD), es treffend ausdrückte, mit dem alten Instrumentenladen altkommunistischer Politik. Max Reimann besteht auf Wiederezulassung seiner alten KPD, obwohl wir inzwischen eine Deutsche Kommunistische Partei haben, die sich unbeschränkt entfalten kann, soweit sich ihre Tätigkeit im Rahmen des Grundgesetzes bewegt. Max Reimann gehört dieser Partei nicht an, er sympathisiert jedoch mit ihr und will ihr jede Unterstützung angedeihen lassen. Gleichzeitig will er als Leiter der Kommission für Verhandlungen mit der Bundesregierung die Wiederezulassung der alten KPD erstreben. Er möchte als alter Moskautreuer Kommunist ein wachsames Auge auf das neue Gebilde haben und es für sich und andere gefügig halten.

Allzu großer Raffinesse dazu bedarf es nicht. Die Deutsche Kommunistische Partei hat ihre Seelenverwandtschaft mit den Moskautreuen Kommunisten schon dadurch dokumentiert - und sich auch damit in die Isolierung begeben -, daß sie die Intervention der Sowjetunion in der Tschechoslowakei rechtfertigte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker verleugnete.

Zwischen dem jungen Max Reimann und den Sozialdemokraten gab es schon immer einen Trennungsstrich. Der altgewordene Max Reimann hat ihn nun in Düsseldorf erneut bestätigt, auch wenn er sich fälschlicherweise darauf berief, es gebe zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten Gemeinsamkeiten. Die hat es nie gegeben und kann es auch in Zukunft nicht geben. Max Reimann bleibt ein Verlorener in unserem Volk, er lebt in einer Welt, die er nicht begreifen kann. Das Moskauer Fernsehen mag ihn noch gelegentlich beachten, für die politischen Kräfte in der Bundesrepublik ist er ein politisch toter Mann. Er hat nichts zu sagen. Unsere Jugend und unsere nach Demokratisierung der Gesellschaft drängenden Kräfte gehen an ihm vorbei. Für sie ist er das Relikt einer vergangenen Welt, kaum noch der weiteren Beachtung würdig.

### Rechtsbasis für Erwachsenenbildung

---

#### Das "arme" Bundesland Niedersachsen gibt ein Beispiel

W.L. - Über die Bedeutung der Erwachsenenbildung für unser gesamtes Bildungswesen gibt es heute keine Meinungsverschiedenheiten mehr. Das war einmal anders. Es waren vor allem Sozialdemokraten, die der Erwachsenenbildung seit den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts zum Durchbruch verholfen haben. Die öffentlichen Haushalte stellen heute der Erwachsenenbildung in unerheblichem Maße Mittel zur Verfügung, jedoch haben die Organisationen jedes Jahr von neuem die Haushaltsberatungen der Parlamente in Ländern und Gemeinden zu fürchten, müssen sie jedes Jahr von neuem um die von ihnen benötigten Millionen bangen - und eine Rezession kann - weil die Mittel gekürzt werden - eine Gefährdung jahrelangen Bemühens bedeuten. Eine rechtliche Absicherung der Arbeit gerade der freien Erwachsenenbildung fehlte bisher.

Das soll jetzt - zumindest in Niedersachsen - anders werden, und es ist zu hoffen, daß andere Bundesländer der Initiative dieses zu den finanzschwachen zu zählenden Bundeslandes folgen werden. Ein Gesetzentwurf des Kabinetts Dr. Diederichs (SPD), der jetzt dem Landtag im Leine-Schloß zu Hannover zur Beratung vorliegt, setzt ein Modell zu einer partnerschaftlichen Kooperation von Staat und Erwachsenenbildungseinrichtungen. Er räumt den anerkannten Organisationen der Erwachsenenbildung einen Rechtsanspruch auf bestimmte Förderungsleistungen des Landes ein.

Für hauptberuflich tätige pädagogische Mitarbeiter und leitende Kräfte in Wirtschafts- und Internatsbetrieben will das Land die Kosten künftig voll übernehmen, während es sich an den Kosten für hauptberuflich tätige Verwaltungskräfte mit einem Anteil von 40 Prozent beteiligt. Zuschüsse zu Sach-, Bau- und sonstigen Kosten wird das Land künftig aufgrund eines Rechtsanspruchs der Organisation leisten. Außerdem sieht der Entwurf die Errichtung einer Verwaltungsstelle für Erwachsenenbildung als Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Dienstherrenfähigkeit vor, der hauptamtlich tätige Pädagogen unterstellt werden sollen.

Das Land, das mit diesem Gesetzentwurf Neuland auf dem Gebiete der Erwachsenenbildung betritt, wird aufgrund seiner bekannten Finanzschwäche jedoch die Lasten, die das Gesetz mit sich bringt, nicht sofort voll tragen können. Der Gesetzentwurf sieht daher einen Stufenplan vor, in dessen Rahmen das Land seine neuen Rechtsverpflichtungen übernehmen will. Erst ab 1973 wird es seine Verpflichtungen dann voll übernehmen können - ein weiteres Argument für die Notwendigkeit einer echten Finanzreform aus niedersächsischer Sicht, wie sie der Finanzminister des Landes, Alfred Kubel (SPD), immer wieder gefordert hat.

Im Laufe der Beratungen des Landtages in Hannover, zu denen auch die Organisationen der Erwachsenenbildung hinzugezogen werden sollen, wird sicherlich noch die eine oder andere Änderung an dem Entwurf vorgenommen werden, aber die Verbände haben bereits jetzt laut und deutlich gesagt, wie begrüßenswert diese Gesetzesinitiative des Landes Niedersachsen für einen Zweig des Bildungswesens ist, der in seinem Bildungsangebot Antwort auf die sich ständig wandelnden Bildungsbedürfnisse der Bevölkerung geben muß.

Menschen...

... im Wirbel einer Marathonkonferenz

S.B. - Im Wirbel der Nachrichten, Spekulationen und Erklärungen, die im Verlaufe der letzten 48 Stunden zu den Verhandlungen über die Sicherung unserer eigenen Währung, aber auch der Währung anderer Länder abgegeben wurden, vergessen wir allzu oft, daß es Menschen sind, die mit einer kaum vorstellbaren Energie viele, viele Stunden um den Ausweg aus einer drohenden Krise ringen. Es sind nicht nur die Minister und ihre Experten, von denen das Außerste an geistiger und physischer Kraft abverlangt wird; auch das übrige "Personal", jene, die hinter den Kulissen arbeiten, deren Name nicht in den Zeitungen genannt wird, die aber mit dem gleichen Eifer und demselben Verantwortungsbewußtsein "bei der Sache" sein müssen, wie ihre Chefs: die Referenten, die Sekretarinnen, Beamten und Angestellte. Vor den Häusern, in denen die Marathonsitzungen stattfinden, stehen die Wagen mit den Fahrern, jede Minute auf Abruf bereit. Telefonistinnen, Boten und die ganze unsichtbare Armee dienstbarer Geister, die auch zur Stelle sein muß, wenn die Nachrichtenübermittlung funktionieren, die schnelle Anfertigung eines Satzsatzes erforderlich ist und - nicht zuletzt - ein heißer Kaffee oder eine Tasse Tee bereitstehen soll.

Und dann gibt es noch die Herren mit den scharfen Augen, die immer so tun, als ob sie sich langweilten und doch alles überschauen müssen. Die Sicherheitsbeamten in Zivil, deren Aufgabe es ist, auffällig unauffällig durch die Gänge zu wandern, hier ein Stück Papier aufzuheben (vielleicht fiel es einem Minister aus dem Geheimdossier), dort in einen Winkel zu schauen, ob nicht ein ungebetener Gast ein Mikrophon installiert hat - von ihnen allen wird erwartet, daß sie hilfreich zur Hand sind, um den sicheren Ablauf der schwierigen und zermürbenden Konferenz zu garantieren.

Um das alles herum schwirren die Journalisten, die Kameraleute, von denen jeder der erste sein will, um mit einer Neuigkeit ans Telefon zu eilen. Ihre Aufgabe ist es, den Millionen Menschen, die am nächsten Morgen zur Arbeit gehen und jenen, die beim Rasieren die ersten Meldungen hören, das Geschehen der Nacht verständlich zu machen. Stoppelbärte und rotgeränderte Augen, zerknitterte Anzüge - all das sind die äußeren Zeichen eines Berufs, der zum "Dabeisein" verpflichtet, und dessen Träger auch dann etwas melden sollen, wenn die Herren Minister schweigend mit den Achseln zucken und bedeutsam erklären, das einzige, was sie zu sagen hätten, sei, die Konferenz gehe noch weiter. Dann erlöschen für einen Augenblick die Jupiterlampen, die Kameras hören auf zu surren und der eine oder andere Reporter verdrückt sich still in eine Flurecke, um dort im Halbdunkel ein kleines Nickerchen zu machen...

Sie alle, die im Getriebe eines solchen Geschehens stehen, aktiv oder passiv mitwirken, verdienen unsere Achtung. Sie gehören dazu, auch wenn sie mitunter über ihren Beruf stöhnen.

## Verheerende Folgen der Breschnew-Doktrin

### Frankreichs Kommunisten im Gewitter

Von Georg Scheuer, Paris

Die neue Breschnew-Gomulka-Doktrin, laut welcher bewaffnete Intervention in "sozialistischen" Ländern mit marxistisch-leninistischer Dogmatik gerechtfertigt wird, trifft die kommunistischen Parteien des Westens und insbesondere die KPF noch schwerer als der sowjetische Einmarsch in Prag. Bis jetzt konnte das tschechoslowakische Abenteuer als "Verkehrsunfall" hingestellt und Wiedergutmachung gefordert werden, um eine "Normalisierung" zwischen Moskau und Prag und darüber hinaus in der ganzen kommunistischen Internationale zu erreichen.

Nun lassen die Proklamationen des Ersten Sekretärs der KPdSU keinen Zweifel: Die sowjetische Aktion gegen die Tschechoslowakei war kein Zufall und kein Zwischenfall, sondern entspricht einer wohlgedachten Strategie und einer theoretischen Grundüberzeugung, die "sozialistische" Staaten im Falle grundlegender Meinungsverschiedenheiten nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, gegen andere "sozialistische" Staaten mit Brachialgewalt vorzugehen.

Wie weit müssen Meinungsverschiedenheiten zwischen kommunistisch regierten Staaten gediehen sein, um den Einsatz der modernen Kampfmittel zu rechtfertigen? Was geschieht, wenn ein kommunistisches Land Widerstand leistet, wie dies in Jugoslawien, Rumänien und Albanien angekündigt ist? Werden Kriege zwischen kommunistischen Ländern konkret erwogen? - Diese Fragen bleiben in den öffentlichen Debatten der letzten kommunistischen Parteikonferenzen unbeantwortet, sie stehen aber auf der Tagesordnung der geheimen Besprechungen nicht nur zwischen osteuropäischen "Bruderparteien", sondern auch in den Auseinandersetzungen mit den kommunistischen Parteien des Westens.

Offensichtlich ist die Breschnew-Doktrin nicht nur nachträgliche Erklärung für die Intervention und die Besetzung der Tschechoslowakei, sondern auch Rechtfertigung kommender Aggressionen. Daß sie auf "sozialistische Länder beschränkt" sein soll, ist für die kommunistischen Parteien des Westens keine Beruhigung, im Gegenteil. Denn jeder französische oder italienische Kommunist muß sich jetzt fragen, ob die Machtergreifung oder auch nur Machtbeteiligung seiner Partei im eigenen Land nicht automatisch zu einer sowjetischen Aggressionsgefahr führt.

Das letzte "Gipfelgespräch" zwischen Breschnew und Waldeck-Rochet ist durch die Warschauer Proklamationen überholt. Trotz aller Beschwichtigungs- und Bagatellisierungsversuche der KPF-Führung werden die Gegensätze zwischen den "Bruderparteien" tiefer. Das Thema "Kommunismus und Nation" ist heißer umstritten denn je. 44 Jahre nach Lenin und 15 Jahre nach Stalin bricht Breschnews Interventionstheorie und -praxis eindeutig mit einer sowjetischen Tradition, die von Skrupeln gewie nicht beschwert war, sich aber aus taktischen und grundsätzlichen Erwägungen wenigstens formal zum nationalen Selbstbestimmungsrecht bekannte. - In diesem Zeichen stehen die verschärften Fraktionskämpfe innerhalb der KPF. Auf der einen Seite verlangen die liberalen Nationalkommunisten mit Politbüromitglied Professor Garaudy erst recht deutliche Lossage von Moskau. Auf der anderen Seite fordert der dogmatische Flügel, unterstützt durch französischsprachiges Propagandamaterial direkt aus dem Ostblock, erneute Ausrichtung nach der Kramlinlinie. Zwischen diesen beiden Extremen versucht Generalsekretär Waldeck-Rochet einen immer gefährlicheren Seiltanz gestützt auf einen unsicher gewordenen Apparat.